

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 572.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 196.

Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100.

Montag-Ausgabe

Verlags- und Druckanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 57, Hinterhaus. — Telefon Nr. 158. — Eingang Nr. 5, Hauptstr. 100. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100.

Montag, 7. Dezember 1908.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3. — Telefon-Nr. VII Nr. 11494. — Druck- und Verlagsanstalt: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Postfach 100.

Die Reichsfinanzreform.

Seit vier Jahren stehen wir im Reiche einer wachsenden Verschuldung gegenüber, deren Ergebnis in der Schlussrechnung des neuen Reichshaushaltsentwurfs dahin zum Ausdruck kommt, daß für 59 1/2 Millionen M. Ausgaben keine Deckung mehr vorhanden ist. Da andere Einnahmen hierfür nicht beschafft werden können, muß auf andere Weise die Deckung erfolgen. Die Regierung schlägt wie im vorigen Jahre eine Zuschußanleihe in der Höhe des Defizits vor. So wenig dies einer geordneten Finanzwirtschaft entspricht, findet es doch eine gewisse Rechtfertigung in der Notlage des Reiches und in der Hoffnung, daß inzwischen durch die „kleine Finanzreform“, die am 1. April 1904 in Kraft treten soll, etwa grundsätzliche Besserung für die Zukunft geschafft werden wird. Um die Lage zu verstehen, muß man im Auge behalten, daß der eigentliche Fehlbetrag höher ist als die in Aussicht genommene Zuschußanleihe. Denn da die Matrifalbeiträge der Einzelstaatsregierungen, soweit sie Deckung in der Ueberweisung des Reiches haben, in Höhe von 24 Millionen Mark herangezogen werden sollen, so beläuft sich das Reichsdefizit tatsächlich auf 83 1/2 Millionen Mark. Wie die Einzelstaaten die auf sie entfallende Summe aufbringen, wird der Sorge ihrer Landesregierungen überlassen. Zweifellos wird dies in mehreren Einzelanleihen zu heftigen Kämpfen führen; aber man kann denen nicht Unrecht geben, die gerade diesen Kampf für sehr notwendig halten und von ihm eine Gesundung unserer Finanzwirtschaft im Reiche erwarten.

Diese etwas an Schadenfreude erinnernde und jedenfalls stark pessimistische Auffassung geht namentlich von der leidigen Wahrheit aus, daß die außerpreussischen Regierungen trotz aller Warnungen unbekümmert zusehen haben, wie im Reiche losgewirtschaftet wurde ohne Rücksicht darauf, daß den letzten Jahren einmal magere Folgen künftigen und bei der Verschlechterung unseres Wirtschaftslebens naturnotwendigerweise folgen mußten. Würde es deshalb nach den Wünschen der nichtpreussischen Finanzminister gehen, d. h. würde das Reich durch aus unter fester Begrenzung der Matrifalbeiträge auf eigene Einnahmen gestellt, so würde den Landesregierungen die Sorge für die Gestaltung und Durchführung der Reichsfinanzreform abgenommen und dies, wie die Bestimmungen, sei in keiner Weise wünschenswert, denn es würde dazu beitragen, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs immer mehr geschrumpft wird, und daß es gegenüber der in Berlin bestehenden Regierung zur Verklärung der Ausgaben an dem eigigen praktischen Gegenwärtigen fehle, das aus gerade in den eigenen Finanznöten der Bundesstaaten liegt. Es scheint fast, als ob der neue Reichsfinanzminister Hr. v. Stengel diese Absichten eine gewisse Berechtigung zugeschiebe, vielleicht sogar aus den in ihrer bisherigen Heimat gemachten Erfahrungen heraus. Denn nach der dem Reichstage zugegangenen Vorlage soll der Artikel 70 der Verfassung zwar eine Abänderung erfahren, welche die Franckenstein'sche Klausel auf die Bedeutung zurückführt, die ursprünglich im Jahre 1879 bei Erlass des damaligen Zolltarifgesetzes ihr zugebracht war, es sollen insofern nach wie vor die Reichsausgaben, soweit sie nicht durch direkte Reichssteuern gedeckt werden, durch Matrifalbeiträge aufgebracht werden, die den Bundesstaaten in dem Maße zurückzuerhalten werden sollen, als die übrigen Einnahmen des Reichs diesen Bedarf übersteigen; mit anderen Worten, die Bundesstaaten sollen nach wie vor an der Gestaltung der Reichsfinanzen ein unmittelbares Interesse behalten.

Mit dem ganzen Geiste dieser Reform kann man sich wohl einverstanden erklären, denn sie beschränkt den Uebelstand, daß alljährlich völlig zweck- und nutzlos zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten Millionen lediglich rechnerisch hin und her geschoben werden müssen, daß die Bundesstaaten dem Reiche in stetig wachsenden Beträgen ihre Matrifalbeiträge vorzuschicken mußten und daß dieses Vorgehen in Verbindung mit den zwecks Tilgung der Reichsschuld erlassenen Sondergesetzen die Bundesstaaten immer härter heftbar machte für den Ausfall bei Ueberweisungssummen. Dadurch verlor wiederum der Reichsstaat immer mehr jene Klarheit und Durchsichtigkeit, die um so dringender erforderlich wurde, je mehr die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ins Ungewisse sich verkehrten. Die Hauptursache aller dieser Uebelstände lag daran, daß bei Inkrafttreten der Franckenstein'schen Klausel (§ 8 des Zolltarifgesetzes vom 15. Juni 1879) der Jahresbetrag der Zölle und der Tabaksteuer auf nur 170 Millionen Mark

veranschlagt war, wovon 130 Millionen Mark der Reichskasse verbleiben, der Rest aber, also nur 40 Millionen, den Einzelstaaten überwiesen werden sollte. Später wurde aber die Klausel auf die Erträge der Branntweinverbrauchsabgaben ausgedehnt, und durch die Erhöhung der Zolltariffsätze wuchsen die Ueberweisungen von 38 Millionen in 1880/81 auf 542 Millionen in 1903. Für das Jahr 1904 sind sie auf 553,9 Millionen veranschlagt.

Dem soll nun abgeholfen werden dadurch, daß die Einnahmen aus den Zöllen einschließlich der Tabaksteuer und den Stempelabgaben in Zukunft unuerfüllt in die Reichskasse fließen und daß nur die Branntwein-Verbrauchsabgaben mit etwa 100 Millionen jährlich den Einzelstaaten überwiesen werden sollen, wogegen diese, wie bereits erwähnt, in Höhe des überwiesenen Betrages neben zu den Matrifalbeiträgen herangezogen werden sollen. Der ganze Charakter der Reform ist also, wie man sieht, ein rein rechnerischer, und so sehr man sich mit seinem Inhalt einverstanden erklären mag, so wird immer wieder darauf hingewiesen werden müssen, daß der Rückgang unserer Reichsfinanzen die naturnotwendige Folge des Rückganges unserer wirtschaftlichen Kraft ist. Eine Wirtschaftspolitik, welche das Reich dahin geführt hat, daß es jährlich mit einer Handelsunterbilanz von nahezu 1 1/2 Milliarden arbeitet, die selbst nach Abzug der aus der Zahlungsbilanz sich noch ergebenden Mitteln eine Passivität von rund einer Milliarde übrig läßt, muß naturnotwendig aus der Verarmung des Volkes heraus auch zu einem Verschieben der Steuerkraft führen. Deshalb war es ein schwerer Fehler, daß die Reichsregierung den ganzen Zolltarif lediglich als eine Finanzregel, nicht aber zugleich als einen Schutz der deutschen Landwirtschaft und des mit ihrem Schicksal verbundenen Mittelstandes angesehen hat. Die Folge dieses schweren Fehlers liegt ja auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens heute bereits zutage und wird sich insbesondere auch auf dem Gebiete der Reichsfinanzen in nachdringender Stärke bemerkbar machen.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 7. Dezember.

Interpellationen und Initiativanträge.

Die Zeit des Wechsels mit Interpellationen und Initiativanträgen ist nun mit der Eröffnung des Reichstages h e r a n g e k o m m e n. Initiativanträge, auf deren Vertagung an dem sogenannten Schwerinstage gerechnet werden soll, müssen bekanntlich innerhalb der ersten zehn Tage der Session eingebracht werden; die in diesem Zeitraum vorliegenden Anträge gelten als gleichzeitig eingebracht. Ueber die Reihenfolge, in welcher die Initiativanträge zur Verhandlung gelangen, entscheidet die Stärke der betreffenden Fraktion, und die Fraktion kann nach Belieben denjenigen ihrer Anträge bezeichnen, den sie zuerst auf die Tagesordnung gestellt zu sehen wünscht. Das Zentrum als stärkste Partei hat zuerst den Antrag, darauf kommen im neuen Reichstage die Sozialdemokraten, die Konserverativen und so fort, bis jede Fraktion einen ihrer Anträge zur Erledigung gebracht hat, dann fängt die Kunde von neuem an.

In der letzten Session, die sich auf drei Jahre erstreckte, ist zur Verhandlung von Initiativanträgen nicht viel Zeit übrig geblieben. Es sind, weil zu viel dringender Veranlassung vorlag, nur wenig Schwerinstage abgehakt worden. Die Schuld trägt nicht, wie die Kritik und namentlich die Sozialdemokratie glauben machen möchte, das Reichstagspräsidium oder die Reichstagsverwaltung, sondern dafür sind diejenigen Fraktionen und Abgeordneten verantwortlich zu machen, welche es als ihre Aufgabe ansahen, die Zeit des Reichstages durch überflüssige und noch dazu unendliche Reden zu verschwendung und die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Neuerdings sind die Fraktionen dazu übergegangen, zur Etatsberatung Resolutionen einzubringen oder auch in reichlicher Zahl als früher mit Interpellationen vorzugehen. Dies ist zwar eine Art Erfolg dafür, daß die am Anfang der Session eingelieferten Initiativanträge in ihrer größten Mehrzahl nicht zur Beratung kommen; aber es ist eine neue und durchaus nicht erwünschte Mehrbelastung der Etatsdebatten, die ohnehin von Jahr zu Jahr länger und langweiliger werden.

Unter den gewöhnlichsmöglichen Initiativanträgen gibt es stets eine große Menge solcher, die alljährlich wieder kommen, sei es, daß sie bisher keine Erledigung hatten finden können, sei es, daß sie wiederholt zur Verhandlung gebracht werden sollen, wie ja steter Kropfen den Stein heißt. Interesse bieten die Weiberforderungen zwar meistens nicht, nur selten gelangt es, neue Gesetzgebungen zu erlassen oder neues Kartellmaterial heranzuführen; aber man wird nicht leugnen können, daß solche Beharrlichkeit im Antragstellen — vorausgesetzt, es handelt sich um e r f a h l i b a r e

Forberungen — mitunter recht notwendig und auch von Erfolg begleitet ist. Die „Sta.-Ztg.“ erinnert z. B. an die viele Jahre hindurch eingebrachten und mit größter Regelmäßigkeit immer wiederholten Anträge Hermann-Kropf'sche, die zuerst höchstiger Ablehnung begegnet, aber namentlich im wesentlichen vertrieht worden sind.

Ungehindert werden wir in der neuen Reichstagsession eine größere Zahl von Interpellationen zu erwarten haben. Die Interpellationen haben vor anderen Anträgen den Vorrang, daß sie für eine der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Es ist sich darum die Neigung, Interpellationen statt Resolutionen einzubringen, von Jahr zu Jahr gesteigert. Erklärt die Regierung sich bereit, eine Interpellation zu beantworten, so kann sich an die Beantwortung auf Beschluß des Hauses eine Weisung anschließen, die, wie in der verflochtenen Session wiederholt sich ereignete, mehrere Tage in Anbetracht nehmen kann. So etwas scheint uns auch diesmal, und zwar bald nach Eröffnung der Verhandlungen im Plenum bevorzugen. Als erste und wichtigste der Fraktionen haben wir mitgeteilt, die Sozialdemokraten bereits zwei Interpellationen eingebracht. Die eine bezieht sich auf die Bismarckzeit unter dem Herrschern; die andere betrifft das Strafverfahren gegen offenkundige Großen, die durch Vertrieht revolutionärer Schriften in großen Massen Verurteilung zum Todempfang gegen Anstand und zur Verleumdung des Barren geliefert haben. Ob der Reichstanzler es für angeeignet halten wird, diese Resolutionen zu beantworten, steht dahin. Wichtig der Maßnahmen gegen die Bismarckzeit ist, soweit bekannt, geschehen, was nur geschehen konnte; was aber die Straffakte gegen die internationalen Revolutionäre betrifft, so wird über diese vollkommen in der Schwere befindliche Angelegenheit nicht viel gesagt werden können. Die Gelegenheit für die Regierung wäre allerdings günstig, gleich im Anfang der Session einmal mit aller Deutlichkeit ihre Haltung gegen die Sozialdemokratie darzustellen.

Wie es im Berliner Stadtparlament ausfällt. Das „Berliner Tageblatt“ macht folgende Schilderung des Berliner „Mingels“, der in kommunalen Angelegenheiten das Wort in Händen hat:

„Start der gewöhnlichen, von freien Vorkäufern erfüllten kaufmännischen Verwaltung von ebenem Maß sich überall einholen zu lassen, eine Art von Mingel bemerkbar, der auf den wirklich freibeständig gesunden Teil unserer Gesellschaften hinweist, von Jahr zu Jahr verarmende einseitig und jene billigenversteht Gleichgültigkeit gegen kommunalwirtschaftliche Erzeugnisse, die von der wir leider während dieser jüngsten Wahlperiode zur Stadtvorstand-Beratung kommen sein müssen. In der letzten Session der Abgeordnetenversammlung sind in alle Sinne der Stadtvorstand, seinen Vorkäufern und Funktionen an sich, haben an allen Ecken und Enden einen Einblick zu gewinnen, der fast im ungelächter proportionalen Verhältnis zu ihren geistigen Fähigkeiten und sonstigen Eigenschaften steht, andere, wirklich liberale Bürger machen sich zu Mühsaligen dieser betrieblichen Angelegenheiten, indem sie ihre guten Namen dazu herbeiziehen, mit ihnen die Maßnahme, welche das sogenannte Zammah-Politiker zu bedeuten. Es ist durchaus nicht übertrieben, wenn wir behaupten, daß die Stadtvorstand Berlin gegenwärtig fast mit dem Einflusse eines kleinen Romanes in der Hand steht, der nachdrückliche verheimlichend zu werden droht. Aber der große Verarmungsprozess hat doch wenigstens das Schmerzlichste seiner Intelligenz für sich, daß aber berechtigt immer kommunale Verwaltungsbürokratie dazu, welche eine Rolle in der Berliner Stadtvorstandung zu spielen? Aber so geht es allenthalben überall. Wo Begriffe fehlen, da stellt sich nicht bloß ein Wort zu rechter Zeit ein, sondern auch ein solches Wort an, das heißt ein irreführender Mann ein, der nach Ehen und Anrechnung und Einfluß strebt und gibt, und der dann auch in der Wahl seiner Mittel nicht gerade feinfühlig ist.“

„Rom, „Berliner Tageblatt“ wird man in dieser Frage sicher annehmen dürfen, daß es „eine Leute“ kennt. Aber würde es besser werden, wenn die „wirklich liberalen“ Freunde des „Berl. Tagl.“ im Berliner Maßstab den Ton anheben? Auch diese würden eine ähnliche Fiktion, die niemandem sonst herantrommen ließe.“

„Verstand des Kaisers. Gegenüber anderslautenden Meinungen wird uns auf das Bestimmteste versichert, daß das Aussehen des Kaisers vortrefflich ist und daß auch seine Stimmung die ganze Zeit über eine gute gewesen ist.“

„Dem kaiserlichen Hofe. Am Freitag unternahm der Kaiser einen Spaziergang. Comandant vornimmt hörte er die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinekabinetts und empfing den Kapitän zur See v. Wedem.“

„Der Kaiser und die Eröffnung des Reichstages. In der Stelle der Chronik, die von der Seilung des Reiches des Kaisers die Rede ist, bemerkt die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem Rückblick:

„Allgemein erblickt man in diesem kurzen Paß der Rundung auch die direkte Beteiligung des Reiches, der Se. Majestät dem von einer Janquarierung des Reichstages noch aufheben. Während der Kaiser die sofortige Bekanntgabe des Reichs über die Operation verweigert, hat er auch jetzt die ästhetisch ihm auferlegte Pflicht der Schonung nicht verfehlen können, und gerade dieser Umstand wird auf seine Seite beitragen, die seine Zuversicht in allen Kreisen zu befestigen, daß wir Se. Majestät immer länger Zeit seines hohen Amtes in vollkommener Kraft und Frische malten leben werden.“

Mittelamerika.

Schon beginnen die Verschwörungen. Ein Oberst, zwei Majore und der Adjutant des Generals Huertado...

Dänien.

Reorganisation der Truppen.

Das Reichsheer Bureau meldet aus Kopenhagen: Es ist ein Entwurf...

Quantität hat nach einer Meldung des Reichsheer-Bureaus aus Kopenhagen...

Aus Tokio wird demselben Bureau berichtet, der Kaiser werde das Parlament voraussichtlich am Dienstag eröffnen.

Aus Nah und Fern.

Schiffwaffer in Venezuela. Infolge des heftigen Sturmes ist das Meer fast unerschwimmbar...

Dammbruch. Der Eisenbahnverkehr in Nordspanien ist durch Dammbrüche unterbrochen.

Internationale Ausstellung „Kinderwelt“ in Peterburg. In den Räumen des Zarenpalais zu Peterburg wurde am Sonntag nachmittag im Auftrag der Kaiserin Maria Feodorowna...

Ausstellungen in Brüssel. Anlässlich der Ausstellung eines antiken Leinwandbildes am Wollebsteiner in Brüssel...

Durch wolkenscharfartigen Regen sind die Keller bei Ponte Suggiano überflutet, zahlreiche Wohnhäuser stehen unter Wasser.

Schiffung in der Luft. Durch Sturm und Wind in der Luft...

Wissenschaft. Kunst und Geistes. Anlässlich der gemäßigten Wiederkehr der Entdeckung...

Gera, 30. Nov. (Sieberabend von Bräulein Clara Raab.) Beim Kunst hat man das Geraer Kongresspublikum...

Wladimir. Der Kongress schließt sich an die Tagung der deutschen Gesellschaften für Chirurgie und orthopädische Chirurgie an.

Empfangen auch dort. Die Studien, denen sie seit ihrem Weggehen von Gera in Berlin und München oblag...

Provinz Sachsen und Umgebung.

— Wehlingen, 4. Dez. (Die Wehlinger Hofjagd.) Schon um 5 Uhr früh begaben sich die Gewandten und Jagdwagen in die Höhe...

(Sonntag) stattfindende landwirtschaftliche Provinzialausstellung und Viehschau ist nun endgültig bestimmt worden.

e. Seehafen i. A., 8. Dez. (Der landwirtschaftliche Verein...)

Der Verein i. A., 8. Dez. (Der landwirtschaftliche Verein) hielt gestern Abend in der Leitung des Vorsitzenden...

Letzte Telegramme.

Berlin, 6. Dez. Das Zentrum brachte im Reichstag einen Entwurf...

Madrid, 6. Dez. Während einer heute in Geta de Campo abgehaltenen Jagd...

Bergrad, 6. Dez. (Wiener Korr.-Bür.) Die ausländischen verbreiteten Gerüchte über ein Attentat auf König Peter...

Athen, 6. Dez. Als der italienische Leutnant Orabona, der den Befehl über eine armierte Dham führte...

Weiter-Mitteilungen auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte in Hamburg.

Montag, 8. Dezember: Nebel, meist bedeckt, Niederschläge, froh.

Mittwoch, 9. Dezember: heudtall, Nebel, Niederschläge.

Wasserstände.

Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Elbstrom-Bauverwaltung.

Wasserspiegel in der Elbe, unter Null.

Table with 3 columns: Station (Galle, Trotha, Melsleben, Bernburg, Halle, Elbe, do. Mühl.), Date (6. Dez., 4. Dez.), and Water Level (+216,08, +250, +256, +252, +197,02, +200, +200,62).

